

## **Amtsgericht Schleiden**

### **Beschluss**

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Montag, 20.04.2026, 09:30 Uhr,**

**1. Etage, Sitzungssaal 33, Marienplatz 10 (Stadtteil Gemünd), 53937 Schleiden**

folgender Grundbesitz:

**Wohnungsgrundbuch von Dollendorf, Blatt 1035,**

**BV lfd. Nr. 2**

Gemarkung Dollendorf, Flur 2, Flurstück 144, Gebäude- und Freifläche,  
Wacholderweg 13, Größe: 700 m<sup>2</sup>

versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten:

Mit einem I-geschossigen Einfamilienhaus (Fertighaus, Bj ca. 2009/2010) mit  
ausgebautem Dachgeschoss nebst Carport bebautes Grundstück welches einem  
Bebauungsplan und einer Wohnungsbindung unterliegt. Wfl.: ca. 174 m<sup>2</sup>

Tlw. Fertigstellungs-/Sanierungsbedarf

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 14.06.2023  
eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG zum Stichtag 07.09.2023 auf

276.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der  
Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht  
spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten

anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.